



UVNord Postfach 9 10 24758 Rendsburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
Christopher Vogt, Vorsitzender
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Hauptgeschäftsführer
Michael Thomas Fröhlich

Telefon 04331 1420-43
Telefax 04331 1420-50
E-Mail froehlich@uvnord.de

Rendsburg, 06.10.2014
Fr./Pe.

Stellungnahme von UVNord

Zustand der Landesstraßen in Schleswig-Holstein 2014
Bericht der Landesregierung – Drucksache 18/2066

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

Bezug nehmend auf Ihre Bitte vom 8. September 2014, zum vorgenannten Bericht Stellung zu beziehen, teilen wir an dieser Stelle mit, dass wir wegen der Bedeutung des Themas im Rahmen einer innerverbandlichen Anhörung alle Gremien sowie die knapp 80 angeschlossenen Mitgliedsverbände von UVNord um ihre Hinweise, Anregungen und Stellungnahmen gebeten haben. Dabei wurde ebenfalls der Strukturpolitische Ausschuss von UVNord, der das „Strukturkonzept Verkehr für Hamburg und Schleswig-Holstein“ erarbeitet hat, mit seiner besonderen Sachkunde einbezogen. Dieses vorangeschickt, nehmen wir wie folgt Stellung:

1.

Der Bericht der Landesregierung – Drucksache 18/2066 – ist ein verkehrspolitischer Offenbarungseid. Wer jetzt noch behauptet, der Wirtschaftsförderung in diesem Lande stehen ausreichend Argumente zur Verfügung, neue Betriebe anzusiedeln, der sitzt einem Trugschluss auf.

2.

Die im Wesentlichen durch die sehr leistungsfähige Landesstraßenbauverwaltung in Schleswig-Holstein erhobenen Daten zeigen nicht nur die Versäumnisse der Vergangenheit auf,

sondern offenbar auch, dass die knappe Mittel Zurverfügungstellung nicht annähernd dazu ausreicht, die Leistungsfähigkeit des Landesstraßennetzes zu erhalten.

3.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir die vorgeschlagenen Maßnahmen ab, da sie erkennbar nicht dazu ausreichen werden, das Landesstraßennetz auch im ländlichen Raum zu erhalten. Wir verweisen diesbezüglich ausdrücklich auf die Stellungnahme des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, die wir uns an dieser Stelle zum Vortrag in eigener Sache machen.

4.

Aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation des Landes ist die Mittelverwendung für die Sanierung und Substanzerhaltung des Landesstraßennetzes nicht als Ausgabe, sondern als Investition für die Zukunft zu werten. Daher müssen die Mittel in der Form aufgestockt werden, dass für die nächsten zehn Jahre wenigstens 90 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden können.

5.

Vor dem Hintergrund des Berichts der Landesregierung muss ein klares Umsteuern in der Verkehrspolitik erreicht werden. Der Bericht der Landesregierung zum Zustand der Landesstraßen in Schleswig-Holstein kann nicht isoliert betrachtet werden von dem mangelnden Fortgang wichtiger weiterer verkehrsinfrastrukturpolitischer Maßnahmen. Durch das Fledermaus-Urteil kommt die A20 nicht voran und wesentliche Bereiche von Unterelbe und Westküste bleiben weiterhin von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt. Auch der Fortgang der B5 geht genauso schleppend voran wie die sich immer mehr in die Länge ziehende Diskussion um den Ausbau der Hinterlandanbindung um die feste Querung über den Fehmarnbelt. Die Rader Hochbrücke hat eine Restlebensdauer von lediglich 11 ½ Jahren und ein 1:1-Ersatz wird eine planerisch und tatsächlich schwierige Aufgabe werden. Auch der Zustand weiterer Brücken, wie der Eiderbrücke oder der Brücke Lindaunis, zeigen den Handlungsbedarf und wirken sich bereits jetzt volkswirtschaftlich negativ auf Schleswig-Holstein aus.

6.

Der Zustand der Landesstraßen wird sich weiter durch die im Bericht der Landesregierung nicht eingepreisten Folgen der Umgehungsverkehre durch den Ausbau der A7 verschlechtern. Wir halten den Ausbau der A7 für richtig, auch wenn zuvor die A20 mit einer Elbquerung bei Glückstadt westlich von Hamburg hätte fertiggestellt werden müssen. Doch gerade durch den Ausbau der A7 werden sich die Verkehre Schleichwege über die Landestraßen Richtung Hamburg und zurück suchen, die zu einem weiteren Verschleiß führen und die überhaupt nicht Berücksichtigung im Zustandsbericht der Landesregierung gefunden haben.

7.

Schleswig-Holstein unterstützt Hamburgs Olympia-Bewerbung. Sollte Hamburg tatsächlich den Zuschlag bekommen, ist ein leistungsfähiges Landesstraßennetz die Voraussetzung für das Erreichen der Olympia-Sportstätten, insbesondere der Segelwettbewerbe in Kiel oder in Lübeck sowie möglicherweise weiterer Sportevents an der Westküste.

8.

Bei dem desolaten Zustand der Landesstraßen in Schleswig-Holstein kann es gleichzeitig keine Sanierung oder Ertüchtigung von Radfahrwanderwegen oder die Straße begleitenden Radfahrwegen geben. Hier hat eine Konzentration der Mittel zugunsten der Straße zu erfolgen.

9.

Natürlich unterstützen wir auch die ergebnisoffene Diskussion der Finanzierungsansätze auf der Ebene der Ministerpräsidenten. Doch dies darf nicht davon ablenken, dass Schleswig-Holstein seine Hausaufgaben selber zu erledigen hat, was das landeseigene Straßennetz anbetrifft. Derzeit sind die Steuereinnahmen selten so hoch wie heute. Wenn nicht jetzt, wann dann sollten Mittel freigestellt werden für die Erhaltung des Landesstraßennetzes.


10.

Wir sind mit der Arbeit der Landesstraßenbauverwaltung in Schleswig-Holstein in vielen Teilen überaus zufrieden. Die Landesstraßenbauverwaltung muss daher in die Lage versetzt werden, insbesondere durch einen entsprechenden personellen Unterbau, das Landesstraßennetz zu überwachen und zu ertüchtigen. Die Signale aus dem Koalitionsvertrag zur A20 oder zur Mittelumschichtung im Verkehrsetat zugunsten von ÖPNV und zulasten der Straße sind grundlegend zu revidieren. Die Wirtschaft erwartet in Schleswig-Holstein ein klares Bekenntnis zum Ausbau und zur Erhaltung des Landesstraßennetzes. Gerade in ländlichen Regionen ist dieser Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Prosperität und für die vielen Local Heros, die vor Ort Gewerbesteuer zahlen sollen und die Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze schaffen möchten.

Fazit:

Der Bericht der Landesregierung zum Zustand der Landesstraßen in Schleswig-Holstein ist in keinster Weise hinnehmbar. Wenn der Wirtschaftsförderung in diesem Lande das letzte Argument für Neuansiedlungen genommen werden sollte, dann ist dies mit diesem Bericht ausdrücklich gelungen. So sehr wir am Gelingen der Energiewende mitwirken und den Weg frei machen zur Aufstellung von Eignungsflächen für Windkraftanlagen, so sehr erwarten wir von dieser Landesregierung auch das wichtige Signal zur Erhaltung des Landesstraßennetzes. Der Sonderfonds des Landes ist daher aufzustocken – ggf. auch zulasten anderer, weniger wichtigere Projekte für das Land. Vorschläge hierzu geben wir nicht, weil hier der Primat der Politik gilt. Das Eingeständnis, dass ein Drittel des Landesstraßennetzes sich in einem Desolaten Zustand befindet und weitere verkehrshemmende Maßnahmen folgen, darf die Landesregierung nicht aus der Verantwortung nehmen, unverzüglich gegenzusteuern. Das erwarten die Unternehmen in Schleswig-Holstein, das erwartet UVNord – und zwar unverzüglich!

Mit freundlichen Grüßen



Michael Thomas Fröhlich